

An die Staatsanwaltschaft Wien
Landesgerichtsstraße 11
1082 Wien

Wien, 7.5.2009

Sachverhaltsdarstellung

Anzeiger: **Mag. Ulrike Lunacek**
Nationalratsabgeordnete
Parlament, 1017 Wien

Verdächtige: **unbekannte Täter**

wegen: §263 StGB, §264 StGB, § 225a StGB

Die Staatsanwaltschaft Wien wird auf folgende Sachverhalte hingewiesen:

Abgeordnete zum Nationalrat, Mag. Ulrike Lunacek ist Spitzenkandidatin der Grünen für die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Als solche hat sie immer wieder klar und öffentlich Stellung bezogen gegen jegliche rechtsextremen Strömungen und Versuche, nationalsozialistische Gräueltaten zu verharmlosen.

Seit einigen Tagen kursiert im Internet ein e-mail, als dessen Absenderin fälschlicherweise eine „Ulrike Lunacek“ mit der gefälschten e-mail-Adresse ulrike.lunacek@pisem.net angeführt wird. Darin befinden sich manipulierte Aussagen eines Blogbeitrag von mir vom 6.05.09 sowie manipulierte Zitate der Präsidentin und des 2.Präsident des Nationalrates, des Präsident des Bundesrates und des Herrn Bundespräsident. Das e-mail wurde offenbar an einen größeren Personenkreis verschickt, da der Grüne Klub im Parlament schon von mehreren verschiedenen Personen darauf aufmerksam gemacht wurde.

Das mail lautet:

"Von: Ulrike Lunacek [mailto:ulrike.lunacek@pisem.net]
Gesendet: Mi 06.05.2009 11:10
An: werner.kogler@gruene.at
Betreff: Freiheit fuer politisch Verfolgte!

Freiheit fuer politisch Verfolgte!

Wo war der breite moralische Grundkonsens bei der Verurteilung von Gerd Honsik zu einer Freiheitsstrafe von fuenf oder Wolfgang Froehlich gar von sechseinhalb Jahren?

Wichtig und notwendig waren die Aussagen von NR-Praesidentin Barbara Prammer "Abschaffung des Verbotsgesetzes. ... Wir brauchen einen breiten moralischen Grundkonsens, der weit ber das juristisch Einklagbare hinausgeht"), Bundespraesident Fischer (er forderte ein "Bekenntnis zum deutschen Volk") und auch des 2. NR-Präsidenten Fritz Neugebauer ("Geschichtsrevisionismus heit Verpflichtung zum Handeln") sowie von BR-Praesident Harald Reisenberger, der die Verantwortung der PolitikerInnen einforderte bei der heutigen Gedenksitzung des Parlaments aus dem Anlass der Erinnerung an den Voelkermord am deutschen Volk nach 1945.

So wichtig die Erinnerung an die zahlreichen Opfer der Alliierten ist, so wichtig die Betonung der Rolle der Geschichtsrevisionisten ist: Mindestens genauso notwendig ist es aber, klar zu machen, was heute getan werden mu:

Aufdecken von Geschichtsluegen, gegen alliierte Greuelpropaganda, gegen Verfolgung von Maertyrern, die tapfer fr unsere Freiheit kaempfen.

In keinem anderen Land der EU waere es moeglich, da einer, der gewaltfrei seine Meinung aeussert, vor einem Tribunal sich zu verantworten hat und zu solch einer hohen Haftstrafe verurteilt wird.

Wir, die Gruenen, fordern daher die sofortige Freilassung von Gerd Honsik und Wolfgang Froehlich!"

Mit diesem gefälschten e-mail versuchen unbekannte Täter, im Vorfeld der anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament, den falschen Eindruck zu erwecken, die Spitzenkandidatin der Grünen, Ulrike Lunacek, fordere die Freilassung von verurteilten Rechtsextremisten und unterstütze deren Anliegen.

Die Staatsanwaltschaft wird daher ersucht, vorstehenden Sachverhalt auf seine strafrechtliche Relevanz, insbesondere hinsichtlich § 263 StGB („Täuschung bei einer Wahl“), § 264 StGB („Verbreitung falscher Nachrichten bei einer Wahl oder Volksabstimmung“), § 225a StGB („Datenfälschung“) sowie weiterer allfälliger Delikte, zu überprüfen.

Um Information über alle relevanten Verfahrensschritte wird ersucht.

Mag. Ulrike Lunacek